

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 61 (1986)
Heft: 12

Rubrik: Gesichtet und gesiebt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gesichtet und gesiebt

Fiskalbelastungen 1985 zeigt die Publikation Nummer 18 «Öffentliche Finanzen» der *Eidgenössischen Steuerverwaltung*. Wir greifen die noch immer stossenden *Unterschiede der Belastungen* von Ehepaaren und im Konkubinat Zusammenlebender heraus. Die Mehrbelastung der Ehepaare im Vergleich mit den «Konkubinern» bleibt zwar im Durchschnitt der Kantone zwischen 10 und 15 Prozent. In einzelnen Kantonen erreicht sie für mittelständische Einkommensbereiche aber weiterhin 30 und mehr Prozent. Weit gröber noch packt die direkte Bundessteuer zu, die einem Teil der Ehepaare über das Doppelte, nämlich das Zweieinhalbfache des Steuerbetrages von «Konkubinern» gleichen Einkommens, abknöpft. Ob das Konkubinat sittlich oder unsittlich wirkt, ist dem Fiskus gleich. Aber er behandelt Konkubinatspaare nicht gleich wie Ehepaare, sondern wesentlich besser. Das erstere ist eine Zeiterscheinung, das letztere ein schon viel zu lange anhaltender Skandal.

Wirtschaftswachstum und Gastarbeiter.

Das Institut für Sozialwissenschaften der Universität Basel legt eine Studie über diesen Zusammenhang vor. Man geht davon aus, dass zusätzlich beschäftigte Ausländer das Schweizer Wirtschaftswachstum fördern. In der Prüfung dieser Förderung stellt man dann fest, dass 1950 bis 1979 die Schweizer Wirtschaft wesentlich weniger gewachsen ist als die der wichtigsten Industrieländer, insbesondere Japans und der Vereinigten Staaten. Gleichzeitig befand sich damals die Schweiz in der Spitzengruppe der Länder mit Bevölkerungswachstum. Ausser dem Wirtschaftswachstum haben die Basler auch den Beitrag der Ausländer zur Arbeitsproduktivität und zum Sozialprodukt je Kopf für die Jahre 1961 bis 1982 gemessen. In allen Messbereichen war der auf Ausländer zurückzuführende Zuwachs äusserst gering oder gar nicht belegbar. Die «Wirtschaftsförderung» zieht den Schluss, man könne den ausländischen Arbeitswilligen zwar nicht die Grenze verschliessen, sollte aber mehr als bislang auf ihre besseren Qualifikationen achten. In der Zuteilung der knappen Kontingente müsste man auch gesamtwirtschaftliche Aspekte stärker berücksichtigen. Die wissenschaftliche Objektivität der Universität Basel ist selbstverständlich, die der Patronatsorganisation «Wirtschaftsförderung» lobenswert.

Gebäudeerneuerung muss man beschleunigen. Falls sich die Praxis mit dem Gebäudebestand in nächster Zukunft nicht grundlegend ändert, droht einem grossen Teil der rund zwei Millionen Gebäude der Schweiz uneinholbarer Schaden und der Abbruch. Das Bundesamt für Raumplanung schätzt, dass man jährlich rund 80000 Gebäude erneuern sollte, aber in Wirklichkeit nur 8000 baulich wieder instand stellt. In seinem Informationsheft ruft das Bundesamt dazu auf, den Erneuerungszyklus zu beschleunigen. Man müsse die vorhandene Gebäudesubstanz, die logischerweise altert, den sich wandelnden Bedürfnissen der Bewohner laufend anpassen. Die Bau- und Planungsvorschriften auf Gemeindeebene seien in diesem Sinne anzupassen. Davon hänge auch ab, inwieweit es gelingen werde, mit dem nicht vermehrbaren Boden haushälterisch umzugehen. Im Klartext: Wenn vorhandene Gebäude laufend dem Bedarf an Wohnraum folgend erneuert werden, braucht man nicht ständig neu zu erbauenden Wohnraum (Associated Press).

Brennende Probleme. Von Basel am Rhein bis Uetikon am Zürichsee machen Brände in Chemiefabriken bewusst, dass sich nicht mehr die Frage stellt, ob – wie im 19. Jahrhundert – ein apothekenähnliches Fabrikli draussen vor dem Städtchen für die Bewohner desselben erträglich ist oder nicht. Sondern die wahrhaft grössere, brennende Frage, wie wir Industrien besonderer Gefährlichkeit für die Wohnumwelt auf alle erdenklichen Weisen sicher machen. Es wird sich nicht einfach darum handeln können, dass man sie in jedem Falle aus dicht besiedelten Wohngebieten oder besonders empfindlichen Naturumgebungen wegverlegt. Aber als äusserstenfalls selbst unter Schmerzen zu ziehende letzte Konsequenz wird man die Möglichkeit der Auslagerung von Industriebetrieben nicht einfach zum vornherein ganz ausser acht lassen dürfen.

Blüte und Dorn. Man könnte den amerikanischen Kapitalismus den «real exikarrenden Kapitalismus» nennen, so, wie gewisse Kommentatoren vom «real existierenden Sozialismus» der Oststaaten schreiben. Und man könnte darauf nachrechnen, welches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem mehr Blüten als Dornen treibt. Es ergäbe allenfalls eine gegenseitige demagogische Anklägeri. Unter dem Titel «Blüten des Kapitalis-

mus» berichtet der Pressedienst des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) folgendes nach je einer Studie der oppositionellen Demokratischen Partei und der Harvard-Universität: 0,5 Prozent der Haushalte in den USA besitzen heute 35 Prozent des Volksvermögens gegenüber 25 Prozent vor zwanzig Jahren. Gleichzeitig hat sich der Anteil der untersten 90 Prozent der Haushalte am Volksvermögen um 20 Prozent vermindert. Das deklarierte Reinvermögen der erwähnten 0,5 Prozent Schwerreichen liegt pro Haushalt über 4 Milliarden Franken. Gleichzeitig sind rund 20 Millionen von 236 Mio. Bewohnern der Vereinigten Staaten gesundheitlich gefährdet, weil sie ständig oder periodisch Hunger leiden. Man macht dafür vor allem die Kürzung der Sozialprogramme in der Präsidentschaft Ronald Reagans verantwortlich. «Sonderbare Blüten des Kapitalismus», schliesst der SGB-Pressedienst. Uns scheint, er habe eher von seinen Dornen Bericht erstattet. Denn dass diese Fakten Dornen im Geiste jedes dem Westen verpflichteten Demokraten (im europäischen Sinne Demokrat) sind, scheint uns keine Frage. Aber man unterscheide Blüten von Dornen!

Planung Installation

Telefon A Schalttafelbau

elektronische Steuerungen

elektrotechnische Unternehmung

Radio- und TV-Installation

Telefon (01) 30144 44

ELEKTRO COMPAGNONI ZÜRICH